

DIE WELTWOCH

Musterschülerin und Nervensäge

Galt die Schweiz auf internationalem Parkett einst als besonders zähe Verhandlungspartnerin, will sie heute nirgendwo mehr anstossen. Lieber spielt sie auf zahllosen Terrains moralisches Vorbild für die Welt.

Von Christoph Mörgeli



Christoph Mörgeli

Jahrzehntelang hat unser Land die Rechtssicherheit auch gegenüber massivem ausländischem Druck verteidigt. Seit 2010 übernimmt die Schweiz indessen sogar rückwirkend unzählige Auflagen und Vorschriften von OECD und EU. In der Regel genügte die Drohung mit fiktiven grauen und schwarzen Listen, um Bundesrat und Parlament einbrechen zu lassen. Statt das ihr zustehende Vetorecht in der OECD auszuüben, übernahm die Schweiz angebliche «internationale Standards» des automatischen Informationsaustauschs (AIA) und schleifte gegenüber dem Ausland innert weniger Jahre das Bankkundengeheimnis. Mittlerweile wird bei ausländischen Kunden nicht mehr zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterschieden. Eine «schwere» Steuerhinterziehung beurteilt man als Vortat zur Geldwäscherei, Gruppenanfragen sind ebenso zugelassen wie zahlreiche Amtshilfeerleichterungen.

Demnächst dürften Amtshilfe und Auskünfte auch dann geleistet werden, wenn die Informationen auf gestohlenen Daten beruhen.

Bereits umfasst der automatische Informationsaustausch 38 Länder und Territorien; neu soll er um Staaten wie Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, China und Russland erweitert werden. In diesen teilweise massiv korrupten, rechtsstaatlich nicht eben einwandfreien Ländern ist der erforderliche Datenschutz keineswegs gegeben. Wenn beispielsweise Angaben der hiesigen Vermögenswerte eines in Brasilien tätigen Schweizer Geschäftsmanns von den dortigen Behörden an Kriminelle verkauft werden, ist dieser der Gefahr von Erpressung, Geiselnahme und lebensgefährlicher Verschleppung ausgesetzt. Was im Inland als gute, weltgefällige Tat verkauft wird, kann für Einzelne tödliche Folgen haben. Dennoch bemüht sich die Schweiz um ständig neue AIA-Abkommen, obwohl die USA als wichtigstes OECD-Mitglied noch keinen einzigen entsprechenden Vertrag unterzeichnet haben.

Auch in der Energiepolitik stellt die Schweiz ihr internationales Image vor das Eigeninteresse der Versorgungssicherheit. Eine 33-Jahres-Planwirtschaft verbietet Kernkraftwerke – die Energiekonsumenten bezahlen das nach menschlichem und technischem Ermessen unmöglich zu stopfende Energieloch von über 35 Prozent der landesweiten Stromversorgung, indem sie die Energie von Sonne, Wind und Biomasse drastisch subventionieren. Die Bürger übernehmen einen massiven Netzzuschlag sowie ehrgeizige bis völlig unrealistische Sparvorgaben. Das Heizöl wird enorm verteuert, die Mobilität erfährt eine Refeudalisierung wie im Mittelalter: Angesichts der hohen Benzinpreise können sich nur noch die Reichen das Autofahren leisten.

Die Schweiz hat sich verpflichtet, pro Jahr mehrere hundert Millionen Franken an den Green Climate Fund zu zahlen – nach dem Ausstieg der USA darf es noch etwas mehr sein. Selbstverständlich haben helvetische Delegierte eine Pionierrolle übernommen, als es in Paris darum ging, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer zu pumpen. Überhaupt erreichen unsere Zahlungen an die Entwicklungshilfe – vom Parlament auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht – für die Jahre 2017 bis 2020 die Rekordsumme von über 11 Milliarden Franken.

Kaum ein anderes Land hat mehr getan, um den nach dem Zweiten Weltkrieg geprägten Flüchtlingsbegriff zu pervertieren. Mittlerweile wird hierzulande jeder

Migrant, der über einen sicheren Drittstaat einreist und sich als Asylbewerber deklariert, auch als solcher behandelt. Nach milliardenteuren Verfahren erreicht nur ein verschwindend kleiner Teil den Asylstatus. Doch die meisten Abgewiesenen bleiben als «vorläufig Aufgenommene» hier und ziehen ihre Familien nach. Manche Flüchtlingsgruppen beanspruchen zu fast 90 Prozent lebenslang Sozialhilfe. Jeder Einzelne von ihnen kostet die Steuerzahler durchschnittlich 4 Millionen Franken. 2016 bezahlte der Bund 644 Millionen Franken Sozialhilfe an anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, was einer Verdoppelung seit 2011 entspricht.

Nach fünf Jahren überwälzt der Bund die Kosten jeweils auf die Gemeinden. Diese stossen mittlerweile angesichts der auf sie zukommenden «Zeitbombe» Notschreie aus und fordern ein Engagement des Bundes, was allerdings die Steuerzahler nicht wirklich entlastet. Statt Volk und Parlament definieren heute die Richter den Asylstatus: Ein Bundesgerichtsurteil verbietet die Rückschiebung von Flüchtlingen nach Ungarn und setzt damit den Schengen-Vertrag ausser Kraft. Wann wird das Bundesgericht auch Italien nicht mehr als funktionierenden Rechtsstaat anerkennen und damit das Asylwesen gänzlich ad absurdum führen?

Die schweizerische Unterwerfungshaltung in der Europapolitik kennt keine Grenzen. Die Neat mit 23 Milliarden Franken Entstehungskosten nebst nachfolgendem Unterhalt stellt die Schweiz ausschliesslich der EU zur Verfügung. Weil Italien die Anschlüsse nicht zahlen will, greift man auch hier in die Bundeskasse. Die Schweiz musste die 28-Tonnen-Limite aufgeben und 40-Töner zulassen. Bei den Transitgebühren liess der Bundesrat die ursprünglich geforderten 600 Franken von der EU auf 325 Franken herunterhandeln, was ^[L]_{SEP} bei weitem keinem kostendeckenden Betrag entspricht.

Die Zuneigung Brüssels erkaufte sich Bundesbern regelmässig mit sogenannten Kohäsionsmilliarden. Wurden in den letzten zehn Jahren bereits 1,3 Milliarden Franken für den Zugang zum Binnenmarkt aufgeworfen, wird derselbe Betrag gegenwärtig wieder fällig. Die bundesrätliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sah so aus, dass der von Volk und Ständen gefasste Beschluss in Brüssel erst gar nicht verhandelt wurde. Schon das erste informelle Nein genügte, dass Bundesrat und Parlament den gültigen Verfassungsartikel versenkten.

Als weltweiter Musterschüler, wenn nicht als Weltmissionar gab sich die Schweiz, als sie den Uno-Menschenrechtsrat initiierte. Dieses famose Gremium hat seit seiner Gründung 2006 kaum eine peinliche Parteilichkeit ausgelassen und zählt so vorbildliche Staaten wie China, Tunesien, Saudi-Arabien, Kuba und Nigeria zu seinen Mitgliedern. Denn jedes Uno-Mitglied kann sich ohne Auswahlkriterien durch eine Mehrheit der Uno-Vollversammlung wählen lassen. In dieser Uno bilden Demokratien mit rechtsstaatlichen Prinzipien der Gewaltenteilung eine kleine Minderheit. Der Uno-Sonderberichterstatter über Folter hielt denn auch ziemlich desillusioniert fest, dass im Menschenrechtsrat jene «Staaten, die die Menschenrechte am meisten verletzen, die Mehrheit» hätten.

Der Europarat – auf ihre Mitgliedschaft bildet sich die offizielle Schweiz ebenfalls ein – ist nachweislich korrupt. Westeuropäische Politiker liessen sich von Aserbaidschan für ein gefälliges Abstimmungsverhalten bezahlen. Der hochgelobte Euro-^[L]_{SEP}päische Gerichtshof für Menschenrechte, dessen weisem Schiedsspruch sich auch unsere Gerichte unterziehen, wird von korrupten Vertretern des Europarats gewählt.

Unter dem Druck von Nichtregierungsorganisationen unternehmen mittlerweile Parlamentarier der Linken und der Mitte alle möglichen Anstrengungen, um sich nach dem Finanzplatz auch noch die hier niedergelassenen Rohstofffirmen vorzuknöpfen. Dabei sind die fünf umsatzstärksten Unternehmen der Schweiz im Rohstoffbereich tätig. Man diffamiert die Branche als «gefährlichstes Geschäft der Schweiz» und wirft ihr Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen, Steuervermeidung und Korruption vor. Im Rahmen der Aktienrechtsrevision sollen die Rohstoffunternehmen verpflichtet werden, Zahlungen an Regierungsstellen offenzulegen. Analog zur Finanzmarktaufsicht wird die Installation einer «Rohstoffmarktaufsicht» gefordert. Zum Dank für ihren erheblichen Beitrag ans Steuersubstrat will man die Branche offensichtlich so lange schikanieren, bis sie entnervt wegzieht und anderswo mit offenen Armen empfangen wird.

Auch bei der Kontrolle der Waffenausfuhr spielt das Musterland Schweiz gegenwärtig in der ethischen Champions League. Vor allem das Aussendepartement mit der Direktion für Völkerrecht unternimmt alles, um die Lieferung von Flugabwehrsystemen, Munition und Schützenpanzern in den Mittleren Osten zu verhindern – und geht dabei regelmässig weit über den EU-Standard hinaus. Dass damit inländische Arbeitsplätze akut gefährdet werden, scheint das Aussendepartement nicht zu interessieren. Da sich die gesamte IT-Branche schwerlich klinisch rein vom Rüstungsgeschäft trennen lässt, dürfte bei dieser restriktiven Politik bald einmal auch die Niederlassung von internationalen Hightech-Unternehmen gefährdet sein.

Bei der Verfolgung von Doping und bei der Korruptionsbekämpfung im internationalen Sport will die Schweiz ebenfalls eine Vorreiterrolle spielen. Irgendwelcher Nutzen ist dabei ausser für weltenbummelnde Strafverfolgungsbehörden nicht in Sicht, wohl aber Kosten für die Steuerzahler, internationale Verwicklungen und letztlich wohl der Auszug der hier ansässigen globalen Sportverbände.

Kleinstaat und Moralapostel mit Globalanspruch – das ist auf die Dauer ein ruinöses Geschäftsmodell. Eigentlich müsste es das Ziel der Schweiz sein, möglichst diskret Klassenbester zu bleiben. Wenn sie dies mit penetrantem Strebertum verbindet, wird sie zur Nervensäge.